

Donnerstag (Nachmittag), 4. Juni 2020 / Jeudi après-midi, 4 juin 2020

**Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports**

**39      2019.BVE.11234      Kreditgeschäft GR**  
**Bern, Uni Muesmatt, Neubau Naturwissenschaften. Verpflichtungskredit für die Projektierung**  
**und Ausschreibung**

**39 2019.BVE.11234 Affaire de crédit GC**  
**Berne, Uni Muesmatt, nouveau bâtiment pour les sciences naturelles. Crédit d'engagement**  
**pour l'étude de projet et l'appel d'offres**

## Ordnungsantrag / Motion d'ordre

*Antrag Gerber (Reconvilier (EVP)*

Sitzungsende heute und wenn nötig nächsten Donnerstag um 16.00 Uhr.»

*Proposition Gerber (Reconvilier (PEV))*

Terminer la séance aujourd'hui et jeudi prochain à 16 heures.

**Präsident.** *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Ich begrüsse Sie herzlich zu der Nachmittagssession vom Donnerstag und damit zur letzten Tranche der ersten Sessionswoche. Unser Parlament setzt sich ja aus vielen Kreisen zusammen, es gibt eher solche, die sich fortschrittlich geben wollen, und solche, die sich mehr bewahrend geben wollen; aber wenn es um die Sitzungszeiten geht, dann ist man doch manchmal etwas bewahrend. Wir haben den Ordnungsantrag von Grossrat Fritz Ruchti gutgeheissen. Dieser sagte, Sitzungstage ohne Abendsitzung seien bei 16.30 Uhr zu belassen. Man hatte dann die Meinung: Ja, belassen, das wäre dann am Donnerstag bis um 16.00 Uhr – also, wie auch immer. Jetzt haben wir hier einen Ordnungsantrag von Grossrat Tom Gerber: «Terminer la séance aujourd’hui et jeudi prochain à 16 heures. Sitzungsende heute und wenn nötig nächsten Donnerstag um 16.00 Uhr.»

Wir befinden über diesen Ordnungsantrag. Wer den Ordnungsantrag annehmen will, und damit heute um 16.00 Uhr aufhören will und wenn nötig nächsten Donnerstag, der stimmt Ja. Wer dies nicht will, sondern es bei 16.30 Uhr belassen will, der stimmt Nein.

### Abstimmung (Antrag Gerber, Reconvilier [EVP])

Vote (Proposition Gerber, Reconvilier [PEV])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

## Annahme / Adoption

Ja / Oui 86

Nein / Non 36

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Enthalten / Abstentions | 10 |
|-------------------------|----|

**Präsident.** Wenig überraschend für mich, haben Sie diesen Ordnungsantrag angenommen, mit 86 Ja- zu 36 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen. Sitzungsende ist heute um 16.00 Uhr.

*Antrag BaK (von Arx, Köniz)*

Im Rahmen der Projektierung müssen erzielbare Einsparmöglichkeiten bzw. die erzielten Einsparungen detailliert ausgewiesen und begründet werden.

*Proposition de la CIAT (von Arx, Köniz)*

Dans le cadre de l'élaboration du projet, les économies réalisables ainsi que les économies effectivement réalisées doivent être indiquées et motivées de manière détaillée.

*Antrag FDP (Sommer, Wynigen)*

Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat bis zur Wintersession 2020 hinsichtlich des überarbeiteten Investitionsprogramms.

*Proposition PLR (Sommer, Wynigen)*

Le Conseil-exécutif informe le Grand Conseil à propos du programme d'investissement révisé au plus tard à la session d'hiver 2020.

**Präsident.** Wir kommen zum Geschäft Nr. 39, ein Kreditgeschäft. «Bern, Uni Muesmatt, Neubau Naturwissenschaften. Verpflichtungskredit für die Projektierung und Ausschreibung». Es untersteht dem fakultativen Finanzreferendum. Ich gebe zuerst dem Kommissionsprecher, Grossrat von Arx, das Wort. Er hat schon angekündigt, dass er nach seinem Votum als Kommissionsprecher auch noch gerade dasjenige der Fraktion anhängt. Bitte, Herr von Arx.

**Casimir von Arx, Köniz (glp),** Kommissionsprecher der BaK. Im vorliegenden Kreditgeschäft geht es um das Muesmatt-Areal. Das ist ein Standort der Universität Bern in der Länggasse. Das Areal ist Teil des Entwicklungsschwerpunkts «Mittlere Länggasse» der Uni. Geplant ist, dass die nordöstliche Hälfte dieses Areals umgebaut wird, dafür sind zwei Etappen vorgesehen. Heute geht es um den Projektierungs- und Ausschreibungskredit der ersten Etappe von 22,8 Mio. Franken. In dieser ersten Etappe geht es vor allem um den Ersatzneubau für ein Gebäude des Departements Chemie und Biochemie.

Bisher sind folgende Schritte erfolgt: 2015 und 2016 gab es eine Testplanung unter Einbezug der Bewohner des Quartiers. 2017 hat der Regierungsrat einen Kredit gesprochen für Architekturwettbewerbe. Er hat dann aber festgestellt, dass es für diesen Wettbewerb noch wesentliche Grundlagen braucht, die damals gefehlt haben, beispielsweise zur Bodenbeschaffenheit oder zur Energieversorgung dieses Areals. Auch die Kostenschätzung für die erste Etappe wurde konkretisiert. Sie hat sich von 177 Mio. auf 255 Mio. Franken verändert. 2019 hat der Regierungsrat dann erneut einen Kredit für den Architekturwettbewerb gesprochen. Dieser Wettbewerb ist zurzeit am Laufen. Das Ergebnis wird Ende Jahr erwartet. Die nächsten beiden Schritte sind die Projektierung und die Ausschreibung. Heute entscheiden wir, ob wir dafür den Kredit sprechen. Nach aktueller Planung soll dann im Jahr 2024 der Ausführungskredit hier in den Grossen Rat kommen. Die Ausführung soll 2026 beginnen und 2030 soll dieses neue Gebäude bezogen werden.

Im Mittelpunkt dieser ersten Etappe steht, wie erwähnt, das Gebäude des Departements Chemie und Biochemie an der Freiestrasse 3. Das heutige Gebäude mit über 12'000 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche soll ersetzt werden durch ein neues mit 16'000 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche. Der Bedarf an einem neuen Gebäude ergibt sich vor allem aus folgenden drei Gründen: Erstens: Das heutige Gebäude ist zu klein, da bedingt durch das Wachstum der Studierendenzahlen und der eingeworbenen Drittmittel von Forschungsprojekten mehr Fläche für Forschungs- und Unterrichtslabors benötigt wird. Labors sind für Chemie und Biochemie natürlich zentral. Im Gebäude selbst wurden bereits Laborflächen geschaffen. So wurde die Bibliothek zu einem Labor umgenutzt, der Spielraum für weitere Flächen sei aber mittlerweile ausgeschöpft. Auch für andere Raumtypen als Labors braucht es mehr Platz.

Zweitens: Das Gebäude entspricht nicht mehr den heutigen Standards. Namentlich ist die Raumhöhe von heute 3,5 m zu wenig hoch. Für Labornutzungen ist es entscheidend, dass man unterhalb der Decke genügend Platz hat für die Haustechnik. Auch die heutigen Grundrisse schränken die Nutzungsmöglichkeiten ein. Mit dem neuen Gebäude will die Uni eine grössere Nutzungsflexibilität mit modulier- und kombinierbaren Laborflächen erreichen und für künftige betriebliche Anforderungen besser gerüstet sein. Dadurch soll es künftig auch weniger bauliche Eingriffe brauchen.

Drittens: Das Gebäude ist sanierungsbedürftig. Viele technische Komponenten stammen aus der Erstellungszeit dieses Gebäudes, 1974; sie sind am Ende der Nutzungsdauer oder schon darüber und damit steigt das Risiko von technischen Ausfällen oder Unterbrüchen. Damit man das neue Gebäude bauen kann, werden bestehende Gebäude abgerissen, nämlich die Gertrud-Woker-Strasse 3 und 5. Sobald der Ersatzneubau steht, soll auch das ursprüngliche Gebäude, also die Freiestrasse 3, zurückgebaut werden. Dort entsteht Platz, der potenziell in der zweiten Etappe, die ich am Anfang erwähnt habe, genutzt werden kann. Es besteht bereits das Bedürfnis nach einer

zweiten Etappe, die man zurückgestellt hat, weil es in der ersten Etappe nicht genug Platz für alles hatte. Über die zweite Etappe entscheiden wir heute aber nicht.

Bevor man die Ausgaben von unter einer Viertelmilliarde Franken aufgleist, muss man natürlich nach Alternativen fragen, namentlich, ob auch eine Totalsanierung des heutigen Gebäudes infrage käme. Das ist nicht so. Die Probleme, dass es zu wenig Fläche hat, dass die Räume nicht hoch genug sind und dass die Grundrisse nicht mehr passen, bringt man auch mit einer Totalsanierung nicht weg. Ausserdem könnte eine Totalsanierung nicht im laufenden Betrieb ausgeführt werden. Es gibt aber auf dem Mietmarkt auch beim Kanton keine entsprechend ausgerüsteten Flächen für eine zwischenzeitliche Unterbringung der Chemikerinnen und Biochemiker. Weil eine Totalsanierung nicht infrage kommt, wurde sie auch nicht näher evaluiert.

Ich komme zu den Anträgen der BaK. «Die BaK beantragt Ihnen einstimmig folgenden Abänderungsantrag: «Im Rahmen der Projektierung müssen erzielbare Einsparmöglichkeiten bzw. die erzielten Einsparungen detailliert ausgewiesen und begründet werden.» Wir stehen jetzt vor der Projektierung, der Planungsstand ist noch nicht sehr detailliert, es besteht also noch Spielraum, zum Beispiel für Einsparungen. Im Hinblick auf eine seriöse Behandlung des Ausführungskredits soll der Regierungsrat darum Einsparmöglichkeiten und bereits umgesetzte Einsparungen aufzeigen. Das Vorhaben an und für sich ist in der BaK unbestritten; ohne die neuen Räumlichkeiten bremst man mittelfristig die Chemie und die Biochemie an der Uni Bern aus, weil sie auf spezielle Räumlichkeiten angewiesen sind. Die BaK beantragt Ihnen einstimmig, den Verpflichtungskredit von 22,8 Mio. Franken für Projektierung und Ausschreibung zu bewilligen. Ich kann auch schon bekannt geben, dass die BaK auch den vorliegenden Antrag der FDP einstimmig zur Annahme empfiehlt.

Jetzt gebe ich gerade auch die Haltung der grünliberalen Fraktion bekannt: Wir unterstützen diesen Kredit einstimmig. Uns ist bewusst, dass er auf eine grosse Investition hinausläuft, nach heutigem Stand rund über eine Viertelmilliarde Franken. Die Notwendigkeit dieser ersten Etappe des Umbaus des Muesmatt-Areals ist für uns aber nachvollziehbar. Damit sei auch gesagt, dass wir über die zweite Etappe befinden, wenn dann einmal klar ist, was diese genau beinhalten soll und wie die Finanzlage des Kantons dann aussieht. Den Abänderungsantrag der BaK unterstützen wir ebenfalls. Wir hoffen, dass tatsächlich Einsparmöglichkeiten gefunden werden und es nicht auf eine Verteuerung hinausläuft, wie bei anderen aktuellen Projekten. Die Hoffnung gründet unter anderem darauf, dass es für Gebäude wie den Neubau für das Departement Chemie und Biochemie, anders als beim Campus Biel, Vergleichsobjekte gibt und die Kostenschätzung daher genauer sein sollte. Wir unterstützen auch den Antrag der FDP, damit wir rechtzeitig für die Finanzdebatte im Winter ein klareres Bild davon haben, wo der Regierungsrat mit der Investitionsplanung hinwill.

**Präsident.** Der nächste Sprecher ist Grossrat Peter Sommer. Er begründet einerseits den Antrag der FDP und gibt aber auch gerade die Fraktionshaltung zum gesamten Geschäft bekannt. Bitte, Peter Sommer.

**Peter Sommer, Wynigen (FDP).** Zuerst zu unserem Antrag: Mit Blick auf die zu erwartende Bugwelle bei den Investitionen steht die Forderung nach einer Priorisierung schon seit Längerem im Raum. Verschiedentlich wurde uns von der Regierung auch eine solche in Aussicht gestellt. Um den Druck auf die Regierung hoch zu halten, hat der Grosse Rat ja auch einige Kreditgeschäfte zurückgewiesen, unter anderem jenes des Strassenverkehrsamtes in Münchenbuchsee. In der Zwischenzeit haben Gespräche zwischen den Präsidien der FiKo und der BaK mit einem Ausschuss der Regierung stattgefunden. Ausser dass die Gespräche konstruktiv verlaufen seien und die Regierung nach Lösungen suche, haben wir bis heute nichts Konkretes auf dem Tisch. Damit anstehende Projekte nicht unnötig verzögert werden, haben wir hier – nicht in diesem Saal, aber im Grossen Rat – seit der Septembersession 2019 trotzdem kein Kreditgeschäft mehr zurückgewiesen oder unnötig blockiert. Jetzt haben wir mit diesem Projektierungskredit für die Uni aber wieder ein grosses Kreditgeschäft auf dem Tisch, und wir wollen mit unserem Antrag diesen Druck wieder etwas erhöhen, damit wir endlich eine Priorisierung dieser anstehenden Kreditgeschäfte bekommen – und zwar noch in diesem Jahr, nicht erst im Jahr 2021. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Ich teile Ihnen jetzt auch noch gerade die Haltung der FDP-Fraktion zu diesem Kreditgeschäft mit: Die FDP wird diesem Projektierungskredit und den Anträgen zustimmen. Der Bedarf dieses Projekts – der Vorredner hat es erläutert – ist nachgewiesen, es ist nötig. Wir konnten uns dort in der BaK auch überzeugen lassen von diesem Projekt. Allerdings erwartet die FDP ganz klar, dass jetzt aus diesen Fehlern vom Campus Biel Lehren gezogen werden. Es kann nicht sein, dass wir hier wieder

in zwei Jahren vor einem Scherbenhaufen stehen. Der Kanton Bern kann sich – da sind Sie wohl mit mir einig – kein zweites solches Desaster leisten. Wir wissen und wir anerkennen auch, dass die BVE Anstrengungen unternimmt, diese Situation zu analysieren und auch innerhalb der Direktion Massnahmen zu ergreifen, und wir hoffen, nein, wir erwarten eben, dass die gleichen Fehler nicht noch einmal gemacht werden. Denn es geht hier um ein ähnlich grosses Projekt.

**Präsident.** Der nächste Sprecher für die BDP-Fraktion ist der Grossrat Ueli Frutiger.

**Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP).** Es ist ein weiteres Grossprojekt, ein Megaprojekt, das der Kanton Bern da verwirklichen muss. Und wir – ich sage es gleich vorab – hoffen ein bisschen auf einen besseren Verlauf als in Biel mit dem Campus. Die Universität in der Länggasse ist heute an vielen Orten untergebracht. Die Gebäude sind alt und müssen ersetzt werden. Es ist eigentlich fast wie ein Quartier: Die ganze Universität nimmt dort mehrere Strassenzüge ein. Die Universität hat eine «Standortstrategie 3012» ausgearbeitet – das ist die Postleitzahl –, um zu schauen, wie sie mit diesen Bauten in der Länggasse, und jetzt im Speziellen mit der Muesmatt, umgehen will. Es kommen gesamthaft grosse Kosten auf uns zu. Man spricht von 2 Mrd. Franken, wie man munkeln hört. Hier geht es jetzt aber um die erste Etappe im Muesmatt-Areal, wo die Chemie und die Biochemie untergebracht werden sollen, wo der Bedarf ausgewiesen ist, weshalb wir dies realisieren müssen. Es hat eine Testplanung stattgefunden – 2015/16 –, um zu schauen, wie gross man diese Gebäude bauen kann und wie man mit den schützenswerten Gebäuden umgeht, und man hat auch die Nachbarn einbezogen. Es ist mehrheitlich ringsum ein Wohngebiet. In der ersten Etappe geht es jetzt einfach darum, die 22,8 Mio. Franken für die Projektierung zu bewilligen. Der Regierungsrat hat schon letztes Jahr 920'000 Franken bewilligt, um einen Architekturwettbewerb durchzuführen, dessen Ergebnis Ende Jahr vorliegen sollte. Die Gebäude sollten dann bis 2030 realisiert werden. Es ist ein grosses Gebäude – 16'000 m<sup>2</sup> Nutzfläche, das ist 22 Prozent mehr als heute. Aber dieser Mehrbedarf ist ausgewiesen. Man hat auch schon gehört: Wieso denn nicht einen Stock höher bauen? – Dies wurde von der Stadt Bern abgelehnt, eben auch aus Rücksicht auf die Leute, die ringsum wohnen. Wir haben auch Zahlen bekommen zum Vergleich von anderen Objekten aus der Schweiz, wo solche Laborbauten gebaut werden. – Laborbauten sind so oder so teuer; dies haben wir schon an der Murtenstrasse einmal erlebt, diejenigen, die schon länger dabei sind. Das ist einfach so. Wir liegen dort bei diesen drei Objekten, die uns vorgelegt wurden, etwa im Mittelfeld. Es gibt teurere, es gibt billigere und solche, die etwa gleich teuer sind. Die BDP-Fraktion wird diesem Kredit von 22,8 Mio. Franken zustimmen. Wir stimmen auch beiden Anträgen zu, demjenigen der BaK und demjenigen der FDP, Sommer. Wir wollen ein bisschen detaillierter darüber informiert werden, wo man sparen kann und wie wir es dann auch bezahlen wollen.

**Präsident.** Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Grossrätin Marianne Dumermuth.

**Marianne Dumermuth, Thun (SP).** Auf das Geschäft im Detail, so wie es meine Vorredner gemacht haben, möchte ich nicht mehr eingehen. Sie kennen jetzt dieses Geschäft wohl gut. Ich möchte Ihnen einfach den Grundsatzentscheid und die Haltung der SP-JUSO-PSA-Fraktion erklären. Wir wollen grundsätzlich sehr unbestritten den Bildungs- und Forschungsschwerpunkt im Kanton Bern stärken – dies eben auch gerade in der Chemie und Biochemie. Deshalb ist es für uns ganz unbestritten, dass man dieses Gebäude ersetzt, denn eine Alternative gibt es keine. Gerade bezüglich Forschung und Kanton Bern: Wir haben dies ja mehrmals gehört und lesen können, dass in der Covid-Krise der Forschungsstandort Bern sehr stark sei. Wir konnten als Erstes in Bern ein solches Virus klonen. Deshalb ist es ganz wesentlich, jetzt hier diesem Geschäft gegenüber sehr positiv eingestellt zu sein.

Zu den Anträgen: Wir unterstützen den BaK-Antrag, weil es ja dann einmal um eine Bausumme von über 250 Mio. Franken gehen wird, wie im Moment geschätzt. In so einem Fall sind jederzeit – so haben wir das Gefühl – Einsparungen möglich. Es ist auch richtig, dass man in dieser immer genannten Finanzierungslücke bei den Investitionen ganz gut hinschaut, gerade wenn man jetzt eine solch ausführliche Projektierung macht. Sie darf aber nicht um jeden Preis erfolgen. Und das ist auch wichtig: Denn wenn man nämlich bei der Qualität spart, kann es im Endeffekt gar nicht zu wirklichen Einsparungen kommen. Diese Einsparungen sollen uns transparent und mit allen Auswirkungen auch entsprechend ausgewiesen werden.

Den Antrag Sommer unterstützen wir auch einstimmig. Wir reden ja jetzt schon lange von diesen Finanzierungsproblemen bei den grossen Investitionen, die auf uns zukommen. Aus einer Medien-

mitteilung des Regierungsrates vom 12. März wissen wir, dass dieser Dialog zwischen einem Ausschuss des Regierungsrates mit den Kommissionspräsidenten der FiKo und der BaK stattgefunden hat, und dass sie gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, um für die Finanzierung in den nächsten Jahren, mit diesem stark steigenden Investitionsbedarf, Lösungen zu finden. Dieser Dialog – dies hat bis jetzt noch niemand gesagt – hat drei Schwerpunkte: eine Anpassung der Schuldenbremse für die Investitionsrechnung, die Verwendung von nicht verpflichteten Fondsguthaben und das, was wir eigentlich schon lange immer gesagt haben, was wir möchten: eine Priorisierung, eine Etappierung und eine Redimensionierung des Investitionsbedarfs. Wir wissen nur dies aus der Medienmitteilung, aber genauere Details kennen wir nicht. Diese Finanzierungsprobleme werden also weiterbestehen. Bevor wir das nächste Mal im Grossen Rat über grosse Baukredite beraten müssen, möchten wir genauer wissen, wie jetzt eben eine solche Priorisierung aussieht, und daher ist dies ganz im Sinne des Antrages von Peter Sommer. Ich fasse zusammen: Wir nehmen den Projektierungskredit an, wir nehmen auch die beiden Anträge einstimmig an.

**Markus Wenger, Spiez (EVP).** Auch die EVP-Fraktion wird diesem Kredit und den beiden vorliegenden Anträgen einstimmig zustimmen. Auch wenn wir von diesem Projekt überzeugt sind und die Förderung des Bildungsstandortes Bern natürlich gerne sehen, so haben wir doch zwei Wünsche an den Baudirektor: Der erste ist der, dass man auch in diesem Projekt die Grundsätze des nachhaltigen Bauens berücksichtigt. Es ist uns ein Anliegen, dass man auch hier möglichst viel Holz, aber auch andere Baumaterialien aus der Region berücksichtigt und die regionalen Kreisläufe fördert. Im zweiten Punkt – Sie haben es im Kreditantrag gelesen – besteht die Absicht, das Haus oder das Gebäude mit einem Totalunternehmer zu realisieren. Alle diejenigen, die bei der Führung durch die Insel dabei waren letzten Herbst, haben gehört, dass die Insel nicht mehr mit Totalunternehmern baut, sondern dies im ordentlichen Planungsausführungsverfahren macht. Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn man auch innerhalb der BVE versuchen würde, dieses Know-how wiederaufzubauen, damit man in Direktaufträgen solche Dinge realisieren kann und entsprechend auch bessere Einblicke hat in die entsprechenden Kosten und Abläufe, die dort nötig sind. Ich fasse zusammen: Erstens, nachhaltiges Bauen zu realisieren versuchen; zweitens, wenn möglich nicht mit einem Totalunternehmer, sondern mit Direktaufträgen. Wir haben keine Anträge gestellt, ich finde es aber jetzt am Anfang dieser Projektierung sinnvoll, dass man diese Gedanken einbringt.

**Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne).** Ich könnte jetzt vieles, was gesagt wurde, aus der Optik der Fachleute aus der BaK wiederholen. Ich möchte aber jetzt nicht weitere Argumente in baulicher Hinsicht vorbringen, sondern einfach kurz auch aus der Sicht eines Mitglieds der BiK noch etwas dazu sagen, aber im Namen der grünen Fraktion. Wir hatten von der BiK aus die Gelegenheit, im letzten Oktober vor Ort dieses Gebäude, das ersetzt werden soll, anzuschauen und auch andere Gebäude im Gebiet dieser räumlichen Strategie 3012, von der schon die Rede war; das ist eine alte Strategie, aus der schon Grossvorhaben realisiert wurden und aus der in Zukunft weitere Grossvorhaben realisiert werden sollen. Wir haben das Tierspital angeschaut, wir haben das Insel-Areal angeschaut, wo verschiedene Vorhaben aus dem Bildungs- und Forschungsbereich angedacht oder geplant sind im Rahmen dieser Strategie. Das Geschäft, über das wir heute sprechen, betrifft eben den Schwerpunkt «Mittlere Länggasse» der Uni Bern. Dazu gehört auch die Uni Tobler. Das war auch ein Grossprojekt, welches früher durch diesen Rat ging. Jetzt, bei der Uni Muesmatt, geht es um den heutigen Projektierungskredit. Es dünkt uns wichtig, hier einfach auch in Erinnerung zu rufen, was man mit dieser baulichen Strategie überhaupt will: Man will die Universität Bern stärken, man will veraltete Infrastruktur ersetzen, man will auch den wachsenden Zahlen von Studierenden und Mitarbeitenden Rechnung tragen und man will durch das Zusammenführen von verschiedenen Standorten auch die gemeinsame Nutzung von teurer Infrastruktur ermöglichen. Aus dieser Optik sind wir auch nach Informationen, die wir über die Anträge der BaK hatten, einstimmig zum Schluss gekommen, diesen Projektierungskredit zu unterstützen. Dies im Wissen darum, dass dann etwa in vier Jahren allein für dieses Projekt der Gesamtkredit von 255 Mio. Franken auf uns zukommt – heutzutage geschätzt. Aus bildungspolitischer Sicht unterstützen wir dieses Vorhaben, wir unterstützen auch den Antrag der BaK. Dieser ist ja eigentlich auch ein Standardantrag, dem man eigentlich schon bei verschiedenen Kreditgeschäften zugestimmt hat.

Den Antrag der FDP konnten wir nicht beraten, aber ich finde es schadet sicher nicht, diese Auslegung zu bekommen und zu wissen, was da bei der Priorisierung dieser Investitionsvorhaben eigentlich hinter den Kulissen im Gange ist. Aus unserer Sicht sollten bei der Priorisierung dann nicht einfach nur finanzpolitische Argumente in die Waagschale geworfen werden, sondern eben

auch bildungspolitische und forschungspolitische Argumente zugunsten des Standorts Bern, der Uni und anderer Bildungsinstitutionen.

**Ernst Wandfluh, Kandergrund (SVP).** Es wurde schon vieles gesagt, ich möchte da nicht mehr – zu viel – sagen. Ich kann es vorwegnehmen: Wir von der SVP unterstützen den Kredit, der Bedarf ist ausgewiesen, wir haben jedes Jahr mehr Studierende. Daher unterstützen wir dies. Ich komme zu den beiden Anträgen: Auch denjenigen der BaK unterstützen wir einstimmig. Für uns ist doch wichtig, und ich bin hier auch ein bisschen erstaunt, wenn man den Vortrag liest, wie die Finanzierung bis jetzt – oder sagen wir es so, der Kostenverlauf bis jetzt gelaufen ist. Die Kosten sind sehr stark gestiegen, 35 Mio. Franken sind rein auf Mehrbestellungen zurückzuführen, 50 Mio. Franken, weil wir innenstädtisch sind. Darum ist es sehr wichtig, dass diese Kosten im Griff behalten werden, dass wir schauen und genau Bericht darüber bekommen, wo man Einsparungen machen kann und welche dies waren.

Zum Antrag Sommer, FDP: Auch diesen unterstützen wir einstimmig, fordern aber, dass die BaK im Vorfeld informiert wird. Für uns ist es wichtig, dass man dies innerhalb der BaK zuerst besprechen kann, damit man sieht, was da Sache ist. Ein wichtiger weiterer Punkt für uns ist Holz. Kollege Wenger hat es vorhin angesprochen: Holz von Anfang an einsetzen, dort wo es sinnvoll ist. Dort wo es nicht sinnvoll ist, ist klar, dass man mit Beton bauen soll, vielleicht im Kern oder im Treppenhaus oder so. Aber auch da ist Gebäudeeffizienz für uns ein wichtiges Wort. Man könnte ja Dinge, die man in einem solchen Gebäude nicht haben kann, unter Umständen in einem Nebengebäude haben. Wir sollten ja jeden Tag 10'000 Schritte machen, jeder kann ja einen Schrittzähler haben, daher wäre das kein Problem. Wenn ich auch an Biel denke, dann könnte man das Motorenzentrum vielleicht nebenan in einem Gebäude haben. Nach vorne zu laufen schadet ja keinem Menschen. Und die frische Luft tut gut, und wenn es regnet – so wie jetzt –, ist die Luft sauber gewaschen. Das ist wunderbar.

**Präsident.** Einzelsprechende habe sich keine eingetragen. Dann gebe ich das Wort dem Baudirektor, Regierungsrat Christoph Neuhaus.

**Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor.** Sie entscheiden heute über die Projektierung eines grossen, städtebaulich komplexen Neubauvorhabens. Wir haben es gehört, mir ist es klar: Es geht um sehr viel Geld. Hochinstallierte Laborgebäude sind teuer und dann muss man sich fragen: Darf man in der heutigen Situation überhaupt von einem solch kostenintensiven Projekt sprechen, darf man das diskutieren? – Jetzt, wo die Auswirkungen der Coronakrise auf den Staatshaushalt genauso unklar sind wie die Prioritätensetzung, die Prioritätensetzung, zu der wir so oder so gezwungen werden durch die Investitionsmittel, die knapper werden. Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, ich bin überzeugt, dass wir dies nicht nur dürfen, sondern dass wir dies sogar müssen. Denn wenn man dieses Projekt jetzt abschliessen oder stoppen würde, hätten wir kein ausführungsfähiges Projekt, wenn unsere Konjunktur dies nötig hat, und vor allem wüssten wir nicht genau, was man da jetzt bräuchte. Sie werden selbstverständlich wieder – ich hoffe im Rathaus – entscheiden, wie viele Mittel wir für welches Projekt einsetzen. Aber damit überhaupt ein solcher Entscheid möglich ist, müssen wir die Grundlagen haben, müssen wir die Grundlagen schaffen. Bei der Genehmigung dieses Projektes fallen wir keine Vorentscheide zur späteren Ausführung, und aus meiner Sicht haben wir auch noch keine abschliessende Prioritätensetzung vorgenommen. Und dies ist eine Auseinandersetzung, von der ich auch überzeugt bin, dass sie uns noch bevorsteht. Ich wäre froh, ginge es nur um 2 Mrd. Franken, Ueli Frutiger – Klammer geschlossen. Der Grosse Rat wird unter Einbezug aller Rahmenbedingungen frei über die Finanzierung dieser Realisierung beschliessen können und entscheiden, ob die Uni zeitgemässe neue Labore und Ausbildungsräume für Lehre und Forschung in Chemie und Biochemie bekommt. Alternativen zu einem Neubau gibt es nicht. Auch mit einer Totalsanierung könnte man die ungeeignete Struktur des Gebäudes für eine zeitgemässe Laboreinrichtung nicht korrigieren. Anderweitig hat es keine hochinstallierten Laborflächen. Im Moment laufen die Vorbereitungsarbeiten für den Architekturwettbewerb. Damit nach Abschluss dieses Wettbewerbs mit der Projektierung angefangen werden kann, brauchen wir eben diesen Kredit, den wir Ihnen vorlegen.

Zum Antrag der BaK, die im Rahmen der Projektierung erzielbaren Einsparmöglichkeiten, respektive die erzielten Einsparungen, detailliert auszuweisen und zu begründen: Da sind wir selbstverständlich einverstanden, respektive ich muss sagen: grundsätzlich. Denn es ist ein Projekt, und wie bei allen anderen Projekten werden auch hier während der gesamten Projektierungsphase laufend

und mit grösster Sorgfalt Kostenanalysen und Kostenüberprüfungen durchgeführt und bei Bedarf die notwendigen Korrekturen gemacht. Wir werden selbstverständlich die in der Projektphase geforderten Abklärungen zu möglichen Einsparpotenzialen durchführen. In dieser Phase wird geplant, was man detailliert realisieren will und wie genau. Und diese Bestellung wird man auch noch einmal überprüfen. Wir haben aber zu diesem Zeitpunkt kein konkretes Projekt und deshalb haben wir auch erst grobe Schätzungen der Realisierungskosten. Eine exakte Quantifizierung der erzielbaren Einsparungen wird nicht möglich sein, aber wir können entsprechende Tendenzen aufzeigen. Die Uni Bern ist eine Stadtuniversität, und der vorliegende Projektierungskredit bedeutet ein weiterer grosser Schritt zur Verdichtung des Muesmatt-Areals. Als ehemaliger Planungsdirektor bin ich auch ein bisschen traurig, dass man nicht höher bauen kann, gerade in der Stadt Bern. Aber es ist, wie es ist. Und die bestehenden Infrastrukturen müssen wir optimal nutzen und das spärliche Bauland so effizient wie möglich einsetzen. Das ist nachhaltig. Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie dem vorliegenden Projektierungskredit zustimmen können.

**Präsident.** Wir kommen zur Beschlussfassung. Wir befinden zuerst über die beiden Anträge, und danach über die Kreditvorlage.

Zuerst zum Antrag der BaK: Wer diesen annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.11234; Antrag BaK [von Arx, Köniz])

Vote (2019.BVE.11234 ; proposition de la CIAT [von Arx, Köniz])

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 144

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

**Präsident.** Sie haben diesen Antrag einstimmig angenommen, mit 144 Ja-Stimmen.

Wir kommen zum Antrag FDP. Wer diesen Antrag annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.11234; Antrag FDP [Sommer, Wynigen])

Vote (2019.BVE.11234 ; proposition PLR [Sommer, Wynigen])

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 145

Nein / Non 2

Enthalten / Abstentions 1

**Präsident.** Sie haben diesen Antrag angenommen mit 145 Ja- zu 2 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Beschlussfassung über die Kreditvorlage. Wer diese – jetzt mit diesen beiden Anträgen BaK und FDP – annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.11234; Annahme mit Auflagen BaK und FDP)

Vote (2019.BVE.11234 ; adoption avec charges de la CIAT et du PLR)

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme mit Auflagen / Adoption avec charges

Ja / Oui 147

Nein / Non 2

Enthalten / Abstentions 2

**Präsident.** Sie haben diesem Kreditgeschäft zugestimmt, mit 147 Ja- zu 2 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen.